

Die gesellschaftliche Dimension von Privatheit

Der soziale Wert von Privatheit

»Märkte diskriminieren und sind unfair.«¹

»Konzerne erzeugen Kundenprofile. [...] Auf Grund dieser Profile erhalten Kunden zum Beispiel sehr unterschiedliche und unterschiedlich attraktive Angebote, ohne sich dessen bewusst zu sein, dass die Angebote auf ihre gesamte finanzielle, soziale und private Situation personalisiert sind.«²

Um den Schutz vor solchen Diskriminierungen geht es u.a. in diesem Abschnitt. Beate Rössler, Professorin für praktische Philosophie an der Universität von Amsterdam, spricht hier von der Vermarktung der Privatsphäre und plädiert für moralische Grenzen.

Je mehr man über eine Person weiß, desto genauer kann man einschätzen, welche besonderen Vorlieben sie hat, worauf sie vermutlich reagieren wird, was ihr wichtig ist, was sie ablehnt usw. Die Vielzahl der verfügbaren Daten ermöglicht eine gezielte, individualisierte Ansprache einzelner Personen. Das wird bereits mit Erfolg bei der Werbung eingesetzt.

1 »Markets discriminate and are unfair.« Rössler 2015, S. 150.

2 »Companies generate customer's profiles. [...] Because of these profiles, customers receive, for instance, very different and differently attractive offers from companies without their being aware that the offers are personalized to their overall financial, social, private situation.« Ebd., S. 151.

Nun kostet Werbung Geld, und sie soll natürlich erfolgreich sein, was bedeutet, dass sie Gewinn bringen soll. Das führt dann fast automatisch zu einer Kategorisierung der Benutzer. Diejenigen Kunden, die als gewinnversprechend eingestuft werden, werden entsprechend bevorzugt behandelt, während diejenigen, die mehr kosten, als sie bringen, in die Kategorie »waste« einsortiert werden, was so viel bedeutet wie »nicht profitabel«, »Abfall«. Diese Kunden werden wohl kaum lukrative Angebote, Rabatte oder dergleichen mehr bekommen.

Ein bekanntes Beispiel hierfür ist das US-Reiseunternehmen Orbitz, das Nutzern von Apple-Computern teurere Hotelzimmer anbietet mit der Begründung, dass diese gern etwas mehr zahlen als Windows-User.³

Eine Untersuchung der George Washington University in Washington hat herausgefunden, dass Dienste wie z.B. Uber und Lyft, mit denen Benutzer bequem von ihrem Telefon aus Fahrten zu einem bestimmten Ort bestellen können, einen höheren Preis pro Meile für eine Reise berechnen, wenn der Abholpunkt oder das Ziel ein Viertel mit einem höheren Anteil an Bewohnern ethnischer Minderheiten ist als diejenigen mit überwiegend weißen Bewohnern.⁴

Ein weiteres Beispiel ist der Versuch von Airlines, Flugpreise erst nach der Anmeldung des Kunden individuell zu berechnen.

»Wenn Sie also immer am Montag berufsbedingt von A nach B fliegen müssen, zahlen Sie eben etwas mehr, während der Student neben Ihnen das gleiche Ticket für den halben Preis bekommt.«⁵

Ein anderes Beispiel sei hier noch erwähnt:

3 Vgl. Apple-Nutzer zahlen mehr für Hotelzimmer, 2012.

4 Vgl. Lu 2020.

5 Schrems 2014, S. 28.

»[Zwei Wirtschaftsauskunfteien] haben offenbar Konzepte für Datenpools entwickelt, in denen Energieversorger Informationen über Kund:innen sammeln könnten. Die Anbieter könnten die Daten nutzen, um Verbraucher:innen systematisch am Vertragswechsel zu hindern.«⁶

Durch solche Datensammlungen besteht die Gefahr einer Diskriminierung, sei es auf Grund des Kaufverhaltens, des Geschlechtes, des Alters, des Einkommens oder anderer Komponenten. Die Auswirkung einer solchen Diskriminierung mag in Bezug auf Werbung noch vergleichsweise harmlos erscheinen. Anders sieht es aus, wenn solche Daten z.B. in den Besitz von Versicherungen gelangen. Da kann es durchaus zu gravierenden Diskriminierungen und Benachteiligungen kommen, sei es, dass höhere Beiträge erhoben werden, oder sei es, dass im Extremfall sogar das Versicherungsverhältnis gekündigt wird. Ähnlich verheerend können solche Daten sein, wenn Kreditauskunfteien darauf Zugriff erhalten.

»Die Geschichte hat uns immer wieder gezeigt, dass riesige Datenregister autokratisches Denken verstärken.« (Kate Crawford)⁷

Kate Crawford, leitende Wissenschaftlerin bei Microsoft Research, weist so auf die Risiken hin, die diese riesigen Datenregister mit sich bringen. Sie bringt Beispiele aus der Geschichte, die zeigen, welch verheerende Wirkung solche Datenregister haben können. So ermöglichte etwa IBM während der Nazizeit durch seine Hollerith-Maschinen die Verfolgung von Juden, Romas und anderen ethnischen Gruppen.⁸

6 Pekel 2020.

7 Blumencron von 2017.

8 Vgl. Solon 2017.

Wenn Donald Trump ein Register für Muslime einrichten möchte, so hält ihm Crawford entgegen, dass Facebook bereits so etwas wie ein Muslim-Register der Welt geworden ist.⁹

Crawford erwähnt Untersuchungen der Universität Cambridge, die zeigen, dass es möglich ist, die religiösen Überzeugungen der Menschen auf der Grundlage dessen, was sie im sozialen Netzwerk »liken«, vorherzusagen. Christen und Muslime wurden in 82 % der Fälle korrekt klassifiziert, und ähnliche Ergebnisse wurden für Demokraten und Republikaner erzielt (85 %).¹⁰ Obiger Studie kann man ebenfalls entnehmen, dass man allein durch eine Analyse von Facebook Likes auch sehr genaue Aussagen machen kann über ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung und vieles mehr.¹¹ Die Möglichkeit zur Diskriminierung ist hier offensichtlich.

Ein Beispiel für eine solche Diskriminierung findet man bei Facebook und Instagram. Lange Zeit konnten dort Werbetreibende ihre Anzeigen auf bestimmte Nationalitäten oder kulturelle Hintergründe zuschneiden. Das führte dazu, dass in den USA Afroamerikaner und Hispanics von Anzeigen für Jobs und Wohnungen ausgeschlossen wurden. Nach Protesten, Gerichtsverfahren und ethischen Besserungsversprechen musste die Funktion entfernt werden.¹²

Diese Datenprofile können jedoch nicht nur eine Diskriminierung zur Folge haben. Sie ermöglichen auch Manipulationen. Die Technik,

9 Vgl. Brühl/Kolb 2017.

10 »Crawford said, mentioning research from that showed it is possible to predict people's religious beliefs based on what they ›like‹ on the social network. Christians and Muslims were correctly classified in 82 % of cases, and similar results were achieved for Democrats and Republicans (85 %).« Solon 2017.

11 »We show that easily accessible digital records of behavior, Facebook Likes, can be used to automatically and accurately predict a range of highly sensitive personal attributes including: sexual orientation, ethnicity, religious and political views, personality traits, intelligence, happiness, use of addictive substances, parental separation, age, and gender.« Kosinski/Stilwell/Graepel 2013.

12 Vgl. Targeted Advertising 2020.

die hier eingesetzt wird, ist das Microtargeting. Damit werden Benutzerprofile genauer erforscht und gezielte Einflussnahmen organisiert.

Beate Rössler, Professorin für praktische Philosophie an der Universität von Amsterdam, warnt eindringlich vor den Möglichkeiten einer Manipulation aufgrund der detaillierten Datenprofile.

»Je genauer die Profile sind, die auf Millionen von personenbezogenen Daten basieren, um so vorhersehbarer und anfälliger sind die betreffenden Personen für eine Manipulation.«¹³

Eine Manipulation der Entscheidung zum Brexit oder der Wahl von Donald Trump durch Cambridge Analytica mag zurzeit in den Bereich der Spekulation fallen. Doch könnte es durch die Verwendung von tausenden von Datenpunkten in einigen Jahren tatsächlich möglich sein, die Ansichten von Menschen zu manipulieren. Dies ist für Crawford durchaus realistisch.¹⁴

»Privatsphäre hat auch einen sozialen Wert. Wenn sie das Individuum schützt, tut sie dies um der Gesellschaft willen.«¹⁵

Folgen wir der Argumentation von Daniel Solove, Professor an der juristischen Fakultät der George Washington Universität und vehemen-

13 »Then it is probable that the more precise the profiles, based on millions of personal data, the more predictable and susceptible to manipulation the subject becomes.« Rössler 2015, S. 141.

14 »Crawford was skeptical about giving Cambridge Analytica credit for Brexit and the election of Donald Trump, but thinks what the firm promises – using thousands of data points on people to work out how to manipulate their views – will be possible in the next few years.« Solon 2017.

15 »Part of what makes a society a good place in which to live is the extent to which it allows people freedom from the intrusiveness of others. [...] We protect individual privacy as a society because we recognize that a good society protects against excessive intrusion and nosiness into people's lives. [...] Therefore, privacy has a social value. Even when it protects the individual, it does so for the sake of society.« Solove 2015, S. 79-80.

ter Kämpfer für den Erhalt der Privatsphäre, so sollte eine Gesellschaft nicht nur vor Diskriminierung und Manipulation schützen, sondern auch vor übermäßiger Zudringlichkeit und der Neugierde anderer.

Seiner Ansicht nach ist Privatsphäre zu haben ein Stück Lebensqualität, die eine Gesellschaft ermöglichen sollte. Indem eine Gesellschaft individuelle Rechte schützt, entscheidet sie sich dazu, sich als Gesellschaft zurückzunehmen, um so einen Freiraum zu schaffen, in dem der Einzelne gedeihen kann. Eine Gesellschaft ohne Privatsphäre wäre erdrückend. Sie wäre wohl kaum der Ort, an dem man leben wollte.

Privatheit und Demokratie

»Privatheit ist eine wichtige Bedingung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und informationelle Selbstbestimmung.«¹⁶

Obigen Satz findet man auf der Homepage des Forums Privatheit. Das Forum wirbt dort für ein selbstbestimmtes Leben in einer digitalen Welt.

Den Hinweis, dass der Schutz der Privatsphäre von entscheidender Bedeutung für das Bestehen einer Demokratie ist, findet man immer wieder, und das nicht nur in der heutigen Zeit.

»Die Wahrung der Privatsphäre ist entscheidend für einen demokratischen politischen Prozess.«¹⁷

Dieser Satz stammt aus dem Buch »Privacy On The Line«. Er ist sehr ernst zu nehmen, denn die Autoren Whitfield Diffie, dem Mitbegründer des sogenannten Diffie-Hellman-Schlüsselaustausch, einer

¹⁶ Forum Privatheit 2020.

¹⁷ »Preservation of privacy is critical to a democratic political process.« Whitfield/Landau 2007, S. 170.

bahnbrechenden Erfindung in der Kryptographie, die den sicheren Austausch kryptographischer Schlüssel über eine unsichere Verbindung ermöglicht, und Susan Landau, die nicht nur – wie bereits erwähnt – Professorin für Politik der Computer- und Netzsicherheit am Worcester Polytechnic Institute (Massachusetts), sondern auch Visiting Professor of Computer Science am University College London ist, sind Experten auf diesem Gebiet.

Sie begründen ihre Aussage damit, dass Änderungen oft zaghaft beginnen, und eine politische Diskussion häufig im privaten Bereich startet. Für Journalisten gilt, dass sie im privaten Bereich aktiv sein müssen, wenn sie Quellen schützen wollen. Und Anwälte können ihre Klienten nicht wirklich verteidigen, wenn ihre Kommunikation nicht geschützt ist.¹⁸

»Die Privatsphäre wird geschützt, weil sie für die Freiheit und das Streben nach Glück unerlässlich ist. Unsere Verfassung prüft die Macht der Regierung zum Schutz der Rechte von Einzelpersonen, damit alle unsere Bürger in einer freien und gerechten Gesellschaft leben können. Im Gegensatz zu totalitären Staaten glauben wir nicht, dass eine Regierung ein Monopol auf die Wahrheit hat.«¹⁹

18 »Change often begins most tentatively, and a political discussion often starts in private. Journalists need to operate in private when cultivating sources. Attorneys cannot properly defend their clients if their communications are not privileged.« Whitfield/Landau 2007, S. 170.

19 »Personal privacy is protected because it is essential to liberty and the pursuit of happiness. Our Constitution checks the power of Government for the purpose of protecting the rights of individuals, in order that all our citizens may live in a free and decent society. Unlike totalitarian states, we do not believe that any government has a monopoly on truth.« Final Report of the Senate Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, 1976, S. 290.

Es ist beeindruckend, wie aktuell obige Aussage ist, obwohl sie bereits 1976 gemacht wurde. Diese Zeilen stammen aus dem Abschlussbericht des Church Committee. Das Church Committee war ein Sonderausschuss des US-Senats zur Untersuchung des Regierungshandelns mit Bezug zu Aktivitäten der Nachrichtendienste (u.a. geheime Operationen zur Ermordung ausländischer Staatsechefs und Putsch). Den Vorsitz dieses Ausschusses hatte Senator Frank Church.²⁰

Dieses Church Committee hat bereits 1976 darauf hingewiesen, wie wichtig der Schutz der Privatsphäre für eine freie demokratische Gesellschaft ist.

Dieses Committee untersuchte auch, inwieweit die Rechte amerikanischer Bürger durch die Techniken der Geheimdienste verletzt wurden. Sein Bericht liest sich wie ein Lehrstück in Bürgerrechte und Demokratie.

»Wir haben gesehen, dass Teile unserer Regierung in ihren Einstellungen und Handlungen Taktiken anwenden, die einer Demokratie nicht würdig sind und gelegentlich an die Taktiken totalitärer Regime erinnern.«²¹

Während des Kalten Krieges verwendeten die Geheimdienste verdeckte Techniken, die in die Privatsphäre eindringen, um ihr vages, unkontrolliertes und zu weit gefasstes Mandat zum Sammeln von Informationen auszuführen.²²

Das Wesen der Demokratie ist der Glaube, dass das Volk frei sein muss, um Entscheidungen über Fragen der öffentlichen Ordnung zu

20 Vgl. Church Committee 2019. (Siehe hierzu auch das Kapitel »No Place to Hide«.)

21 »We have seen segments of our Government, in their attitudes and action, adopt tactics unworthy of a democracy, and occasionally reminiscent of the tactics of totalitarian regimes.« Final Report of the Senate Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities 1976 S. 3.

22 »Throughout the cold war period, the intelligence agencies used covert techniques which invaded personal privacy to execute their vague, uncontrolled, and overly broad mandate to collect intelligence.« Ebd., S. 58.

treffen. Die Maßnahmen des FBI störten den demokratischen Prozess, da die Einstellungen des Präsidiums zum sozialen Wandel zu der Überzeugung führten, dass ein solches Eingreifen Teil seiner Verpflichtung zum Schutz der Gesellschaft war. Wenn eine Regierungsbehörde heimlich versucht, dem amerikanischen Volk ihre Ansichten darüber aufzuzwingen, was richtig ist, wird der demokratische Prozess untergraben.²³

In einem Fernsehinterview äußert sich Church noch sehr viel drastischer zu diesem Thema:

»Sollte dieser Staat jemals zu einer Tyrannei werden, [...] dann könnten ihn die von den Geheimdiensten entwickelten technischen Möglichkeiten in die Lage versetzen, eine totale Schreckensherrschaft zu errichten, und man könnte nichts dagegen unternehmen, weil auch selbst der umsichtigste Versuch, sich zum Widerstand zu vereinen [...] dem Staat zur Kenntnis kommen würde. So groß ist die Macht dieser Techniken.«²⁴

Die Bedrohung, die von den Geheimdiensten ausgeht, hat Senator Frank Church bereits 1975 erkannt.²⁵ Die Bedeutung seiner Worte hat damals wohl niemand begriffen.

23 »The essence of democracy is the belief that the people must be free to make decisions about matters of public policy. The FBI's actions interfered with the democratic process, because attitudes within the Bureau toward social change led to the belief that such intervention formed a part of its obligation to protect society. When a governmental agency clandestinely tries to impose its views of what is right upon the American people, then the democratic process is undermined.« Ebd., S. 226.

24 Greenwald 2015, S. 292. »He [Senator Frank Church] added that if a dictator ever took over, the N.S.A. ›could enable it to impose total tyranny, and there would be no way to fight back.« Senator Frank Church in einem Interview des Fernsehmagazins »Meet the Press«, Bamford 2005.

25 Siehe dazu auch vorhergehende Abschnitte dieses Kapitels.

Eine Warnung, die in die gleiche Richtung geht, findet man in der Abschiedsrede von Dwight Eisenhower, Präsident der USA 1953-1961, aus dem Jahr 1961.

»Wir müssen auf der Hut sein vor unberechtigten Einflüssen des militärisch-industriellen Komplexes, ob diese gewollt oder ungewollt sind. Die Gefahr für ein katastrophales Anwachsen unbefugter Macht besteht und wird weiter bestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unseren demokratischen Prozess bedroht. [...] Nur eine aufmerksame und kenntnisreiche Bürgerschaft kann eine angemessene Verbindung der riesigen industriellen und militärischen Maschinerie der Verteidigung mit unseren friedlichen Zielen und Methoden sicherstellen, so dass Sicherheit und Freiheit zusammen gedeihen können.«²⁶

Bemerkenswert an dieser Rede aus dem Jahre 1961 ist die Warnung vor dem militärisch-industriellen Komplex, der sich heute z.B. in der engen Verbindung zwischen US-Nachrichtendiensten, der US-Armee und den IT-Unternehmen des Silicon Valley manifestiert.²⁷

Auch in neuerer Zeit fehlt es nicht an Warnungen vor Angriffen auf die Demokratie. So beschreiben bei der Laudatio zum BigBrother-Award 2013 in der Kategorie Globales Datensammeln, der an Google ging, Rena Tangens & padeluun die Gefahr, die u.a. von Google für die Demokratie ausgeht:

»Wer sich ständig beobachtet fühlt und annimmt, dass die gespeicherten Informationen ihm oder ihr irgendwann schaden könnten, wird zögern, Grundrechte wie freie Meinungsäuße-

26 Gerste 2011. Deutsche Übersetzung der Abschiedsrede von Präsident Eisenhower. Ploppa 2016. Die Abschiedsrede von Präsident Eisenhower im Original: Eisenhower's Farewell Address to the Nation, 1961.

27 Vgl. Leisegang 2015.

rung oder Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. Wenn das passiert, ist das keine Privatsache mehr, sondern das schadet der Allgemeinheit und einer lebendigen Demokratie.«²⁸

Die hier angeführten Argumente dafür, dass die globale Überwachung die Demokratie gefährdet, gehören zu den ganz fundamentalen Aussagen, mit denen immer wieder für mehr Privatheit und weniger Überwachung aufgerufen wird.

Ein weiterer ganz wesentlicher Bestandteil für Demokratie sind u.a. freie und faire Wahlen.²⁹ Jede Beeinflussung von Wählern ist damit eine Gefahr für die Demokratie. Heute wissen wir, dass die Chance, Personen zu kontrollieren und zu beeinflussen umso größer ist, je mehr private Details man von diesen Personen besitzt. Genau diese Form von Beeinflussung erleben wir heute in ganz großem Stil, und das nicht nur bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 und bei der Abstimmung zum Brexit. Bei Letzterem basierte die Arbeit von Cambridge Analytica auf den privaten Daten von ca. 87 Millionen Facebook-Nutzern, die illegal beschafft wurden. Für die Möglichkeit, Kunden zu beeinflussen – und das können natürlich auch Wähler sein – warb Cambridge Analytica auf seiner Homepage:

»Wir sammeln Daten aus öffentlichen Quellen und seriösen Datenanbietern und kombinieren sie mit Ihren eigenen Daten, um tiefere und umfassendere Erkenntnisse zu gewinnen. Diese Datenbestände werden dann zentralisiert, damit

28 Der BigBrotherAward in der Kategorie Globales Datensammeln geht an Larry Page, Sergey Brin und Eric Schmidt, die Gründer und Verwaltungsrat der Google Inc. 2013.

29 Vgl. Demokratie: die erfolgreichste Staatsform, 2020.

Sie Ihre Kunden schnell und effizient finden und überzeugen können.«³⁰

Der Verhaltensforscher Robert Epstein vom American Institute for Behavioral Research and Technology in Kalifornien hat in einer Studie den Einfluss von Suchmaschinen auf Wahlverhalten untersucht und kommt dabei zu dem Schluss:

»Unsere Untersuchung legt nahe, dass, selbst wenn Google nicht absichtlich Wahlen manipuliert, die Suchalgorithmen des Konzerns seit Jahren die Gewinner von Wahlen auf der ganzen Welt bestimmen, mit wachsendem Einfluss jedes Jahr.« (Robert Epstein)³¹

Die Einflussmöglichkeiten großer Internetkonzerne und vor allem der Sozialen Netzwerke nicht nur auf Wahlergebnisse ist erschreckend.

»Algorithmen entscheiden, wer die Macht hat, sie wirken als mächtige Verstärker und können einen Bias, eine Mehrheitsumkehr, herbeiführen. [...] ›Es wird immer einen Bias geben, [...] doch das eigentliche Problem, das noch nie zuvor in diesem Ausmaß existierte, ist, dass der Bias über mächtige Einflussquellen auftritt, die komplett in privater Hand sind, ohne öffentliche Verantwortbarkeit und Transparenz.«³²

»Menschen müssen auch verstehen, dass Demokratie kein Zuschauersport ist. Du musst mitmachen und aktiv sein, und das

30 »We collect data from public sources and reputable data providers and combine it with your own data to produce deeper and richer insights. These data assets are then centralized to help you find and persuade your customers quickly and efficiently.« Cambridge Analytica 2018.

31 Lobe 2015.

32 Lobe 2015.

kontinuierlich, um sicher zu stellen, dass Du deine Rechte und Freiheiten behältst.«³³

»Dass etwas von so gewaltigen Dimensionen – die Umwandlung des Internets in ein Reich der Massenüberwachung, die Schaffung des größten je dagewesenen Systems der Überwachung ohne Anfangsverdacht – vollkommen im Dunkeln vollzogen werden konnte, ließ die Demokratie illusorisch erscheinen.«³⁴

Das letztgenannte Zitat findet man im Vorwort der Taschenausgabe des Buches »Die globale Überwachung« von Glenn Greenwald. Der Autor berichtet darin über die illegalen Praktiken der amerikanischen Geheimdienste anhand der Unterlagen des Whistleblowers Edward Snowden. Insofern kann man dieses Buch auch als einen Beitrag zur Erhaltung der Demokratie verstehen, da Greenwald schonungslos aufdeckt, was die Demokratie gefährdet.

Die Enthüllungen von Snowden über die Überwachungspraktiken der amerikanischen Geheimdienste hat weltweit für Empörung gesorgt. Es erfolgte ein Aufschrei gegen diese Überwachungsaktivitäten.

Die Snowden-Dokumente sind ein ganz wichtiger Meilenstein im Kampf gegen Überwachung. Dieser Kampf ist damit aber nicht beendet. Er muss fortgesetzt werden.

»Democracy Dies in Darkness.«³⁵

Dieser Slogan, den man derzeit auf der Homepage der Washington Post findet, unterstreicht die Bedeutung des obigen Zitates von Glenn Greenwald.

33 William Binney, ehemaliger Technischer Direktor der NSA. Zitat aus dem Dokumentarfilm »Nothing to Hide« (1:17:56). Nothing to Hide – Dokumentarfilm 2017.

34 Greenwald 2015, S. 10-11.

35 Homepage der Washington Post.

